



EUROPÄISCHE UNION



Brüssel, den 22. August 2013
13092/13
(OR. en)
PRESSE 357

**Erklärung der Hohen Vertreterin, Catherine Ashton,
im Namen der Europäischen Union
im Anschluß an die Präsidentschaftswahlen in Simbabwe**

Die EU gratuliert der Bevölkerung von Simbabwe zur Durchführung friedlicher Wahlen. Sie nimmt die Erklärung des Verfassungsgerichtshofs von Simbabwe zur Kenntnis, durch die der Wahlvorgang förmlich abgeschlossen wird.

Die EU begrüßt die konstruktive Rolle, welche die Entwicklungsgemeinschaft des südlichen Afrika, die Afrikanische Union und inländische Beobachter während der Wahlen gespielt hat, und teilt die ernststen Bedenken, die sie in ihren ersten Bewertungen zur Sprache gebracht haben. Sie nimmt zudem Kenntnis von den Schlussfolgerungen des Gipfels der Entwicklungsgemeinschaft des südlichen Afrika vom 18. August und sieht den Abschlussberichten der Beobachtungsmissionen erwartungsvoll entgegen. Die EU unterstreicht die Bedeutung und die Notwendigkeit der weiteren Verstärkung von Reformen, um sicherzustellen, dass künftige Wahlen vollständig transparent und glaubwürdig sowie friedlich sind.

Die EU wird ihre Beziehungen zu Simbabwe unter Berücksichtigung all dieser Faktoren überprüfen. Unser Ziel ist es, die Bevölkerung von Simbabwe bei der Verwirklichung eines wohlhabenderen und demokratischeren Simbawwes als einem sicheren Fundament für die künftige vollständige Normalisierung der Beziehungen zwischen Simbabwe und der EU zu unterstützen.

P R E S S E

Die Bewerberländer Türkei, ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien*, Montenegro*, Island⁺ und Serbien*, die Länder des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses und potenziellen Bewerberländer Albanien und Bosnien und Herzegowina und das dem Europäischen Wirtschaftsraum angehörenden EFTA-Land Norwegen sowie die Ukraine, die Republik Moldau, Armenien und Aserbaidshan schließen sich dieser Erklärung an.

* Die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Montenegro und Serbien nehmen weiterhin am Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess teil.

+ Island ist weiterhin Mitglied der EFTA und des Europäischen Wirtschaftsraums.